

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich  
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark  
ausschließl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
Sonder-Zustellungsbedingungen. Für an-  
forderung eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.  
Schriftl. der Geschäftsleitung Nr. 1146,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeige**  
Nr. 236. Halle, Donnerstag, den 23. Mai. 1918.

Nr. 236.

Halle, Donnerstag, den 23. Mai.

1918.

## Weitere Munitionslager vernichtet.

Paris abermals mit Bomben beworfen. — Vernichtung großer Munitionslager bei Abbeville. — Fortdauer der gesteigerten Feuertätigkeit im Kesselgebiet. — Drei amerikanische Flugzeuge abgeschossen.

### Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 23. Mai.

#### Weltlicher Kriegsschauplatz.

Im Kesselgebiet hielt gesteigerte Feuertätigkeit an. An den übrigen Kampfzonen lebte die Gefechtsintensität weit an Wenden in einzelnen Abschnitten auf. Während der Nacht schloß die Tätigkeit der Franzosen auf dem Westufer der Aisne. Mehrfach wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen und sei eigenen Entwürfen Gefangene eingebracht.  
Auf dem Kampffeld bei der Vos wurden gestern unter anderem drei amerikanische Flugzeuge abgeschossen.  
Die in letzter Zeit sich mehrenden feindlichen Kletterangriffe gegen belgisches Gebiet haben der Zivilbevölkerung schwere Schäden und Verluste zugefügt. Militärischer Schaden entstand nicht.  
Durch erfolgreiche Bombenwürfe wurden große Munitionslager des Feindes nordwestlich von Abbeville vernichtet.  
Paris wurde mit Bomben beworfen.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### 22000 Tonnen versenkt.

Berlin, 22. Mai. (Amtlich.) Im Mittelmeer versenken die Boote die italienische Dampfer „Angelina“ (2230 Br.-Reg.-T.) und den französischen bewaffneten Dampfer „Verdun“ (2968 Br.-Reg.-T.) und 4 weitere Dampfer, darunter einen von mindestens 8000 Br.-Reg.-T.  
Zusammen über 22000 Br.-Reg.-T.  
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Am dritten Jahrestage des Eintritts Italiens in den Krieg hielten diese U.Soo-Erfolge willkommenen Anlaß zu der Überlegung, wieviel Italien seine treubrührende Politik gegen die Italiener rechne damals auf England und hoffte wenigstens zur See seinen Vorteil wahrzunehmen zu können. Doch auch abgesehen von den entsetzlichen Niederlagen zu Lande am Jonop hat sich die italienische Politik als unheilbarer Mißgriff ausgewiesen. Heute ist das rothfarbene Königreich auf Gnade und Ungnade der britischen Schiffsraubbote, den Angriffen deutscher U-Boote preisgegeben. Das mehr! Ein englischer Politiker bezeichnet jüngst Italien als den „Blackdog“ am Fuße Englands, der nichts leidet, nur Schaden stiftet, Kohlen und Lohnteil verzehrt, und den die Entente auf schwere Weise nicht ungen fallen lassen würde, wenn nur die Mittelmächte sich seiner erbarmten, wie sie sich Ruhlands angenommen haben! 55 v. H. der italienischen Handelsflotte wurden laut Auslage des Finanzministers Rittm. Verlaufe des Krieges versenkt. Diese See-Erfolge im Mittelmeer verminderten die Kohlenzufuhr nach Italien von monatlich 950 000 Tonnen auf 524 000 Tonnen. Alle Nachbarn stimmen darin überein, daß die Munitionsindustrie und der Eisenbahnverkehr gedrohten teilweise stillgelegt werden müssen. Mit der Lebensmittelversorgung steht es ebenso schlimm. Jede Versenkung auch nur eines italienischen Dampfers bedeutet für Italien einen „Stich ins Herz“, wie „La Reparation“ vom 5. April sich ausdrückt. Das Deutsche Reich gönnt diesen „Blackdog“ seinen Feinden.

### Die Friedensorganisationen in England.

London, 23. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London erschauen heftige Blätter: Unweilschaft finden die umfangreichen Friedensorganisationen in ganz England eine private Förderung durch erachtliche Männer und teilweise sogar durch führende englische Politiker und ehemalige Minister. Aber jodelt nicht sehr, daß England doch nicht derjenige sein will, der mit einem neuen Friedensangebot drängt, sondern der von deutscher Seite vielmehr ein Angebot erwartet.

### Haig ganz zurückgetreten?

Die englische Regierung hat keine Zeit.  
Paris, 23. Mai. (Privattelegramm.) In englischen Aushausen heitete der Abgeordnete Duthouste an die Regierung die Anfrage, ob sich das Gericht schon beiläufig, daß General Haig wegen seiner Mißverhalte zurücktreten bzw. schon zurückgetreten sei. Der Schatzkanzler erklärte, die Regierung habe keine Zeit, auf alle unzulässigen Anfragen zu antworten.

### Neue Parteigruppierung in England.

WTB. Bern, 22. Mai. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet, daß sich in den letzten zwei bis drei Wochen das sog. radikale Komitee gebildet hat, das aus einer kleinen Anzahl Parlamentarier des linksliberalen Lagers und anderen Männern und Frauen frei-liberaler Tendenz besteht. Unter den zugehörigen Parlamentariern sind Chancellor King, Commander Wedgwood, Lees und Smith die bekanntesten. Der Zweck der neuen Vereinigung ist angeblich, die liberale „opposition“ zu fördern. Sie ist nicht ausgesprochen sozialistisch orientiert, scheint sich aber, wie der Korrespondent bemerkt, durch vernünftige, gemäßigtere Haltung gegenüber der Idee eines Verhandlungsfriedens aus. Eine ihrer ersten politischen Handlungen war die einstimmige Annahme eines Entschlusses, in der die Regierung ersucht wird, die russische Sowjetregierung, die aus dem Chaos eine feste Administration geschaffen habe, unverzüglich formell anzuerkennen. Der Korrespondent nimmt an, daß die unpopuläre Anspielung auf Rußland in der letzten Unterhausrede Lord Cecil's mit der dem „Foreign Office“ übermittelten Entschlüsselung des radikalen Komitees nicht in Verbindung steht.

### Ein neues Sinnfeiner-Hauptquartier.

Rotterdam, 23. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Dublin wird gemeldet: Nachdem die Sinnfeiner-Führer verhaftet worden sind, zeigte es sich, daß die Organisation in Irland bereits weit am sich greifen hatte und schon jetzt wieder ein neues Sinnfeiner-Hauptquartier besteht.

### Beschlagnahme der neuen italienischen Ernte.

Köln, 23. Mai. (Privattelegramm.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Basel: In Italien wird der Ernteertrag dieses Jahres laut einem Erlass der italienischen Regierung sofort beschlagnahmt werden.

### Italien sucht dauernden Anschluß.

Genf, 22. Mai. (Privattelegramm.) Der „Temps“ meldet aus Rom: Die Blätter fänden als Erweiterung auf das gegen Italien gerichtete deutsch-österreichische Drohbündnis Verhandlungen Italiens mit seinen Verbündeten über ein gleiches Bündnis an. Die „Tribuna“ schreibt: Unsere Verbündeten beherrschen die Vostoffe und die Ernährung der Welt, und ein engeres Bündnis mit ihnen wird uns leichter über die Schwierigkeiten nach dem Kriege hinwegbringen.

### Der Entente-Zahlungsverkehr nach Jassy.

Basel, 23. Mai. (Privattelegramm.) Der „Temps“ meldet: Die französischen Banken haben den unterbrochenen Zahlungsverkehr mit Jassy und Rumänien wieder aufgenommen.

### Die Kämpfe um die Festung Jno.

Stockholm, 23. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Buda wird gemeldet: Die Kämpfe um der Festung Jno schreiten vorwärts. Durch die deutsche Hilfe dürften die Kämpfe in aller Kürze beendet werden sein und weder England noch Rußland diesen Anfang des nächsten Monats in Finnland noch vorzuziehen sein.

### Petersburg hungert.

Stockholm, 23. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Es herrscht sich nach Meldungen von der finnischen Grenze, daß Petersburg unter einer schweren Hungersnot zu leiden hat. Wie es heißt, geben sich die Anhänger der alten zaristischen Regierung, vor allem die Kadetten, die größte Mühe, Lebensmitteltransporte nach Petersburg aufzuhalten, um dadurch eine Gegenrevolution heraufzubekommen.

### Unter dem Verdacht der Gegenrevolution.

Köln, 23. Mai. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet von der Schweizer Grenze: Wie die Basler-Agentur meldet, wird Nischenow beabsichtigt, im Einvernehmen mit Mikulow, dem Führer der Kadetten, eine Gegenrevolution in Rußland geplant zu haben. Seine Wohnung in Petersburg wurde durchsucht.  
(Rechte Derselben siehe auch Seite 3.)

### Die Angst vor der Masse.

Einer der Zentrumsabgeordneten, die im Landtage gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, Graf Strachwiz-Bertelsdorf, läßt sich in einem spaßentlangenen Artikel über die Gründe für sein Verhalten aus. Seine Auslassungen hat der Graf nicht in einem der ihm parteipolitisch näherstehenden führenden Zentrumsblätter untergebracht, sondern in der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“. Auf die Ausführungen des Grafen, der sich bisher nur einen Namen durch Werbestücke für möglichst hohe Getreidepreise gemacht hat, in allen Einzelheiten eingehen, erübrigt sich. Er geht davon aus, daß ein auf gleichen Wahlen beruhendes Parlament die absolute Majorität der Linken bringen würde. Mit mehr Eifer als Einigkeit malt er dann die drei Clappen an die Wand: Parlamentarisierung der Regierung, Übergang zur reinen parlamentarischen Regierung und drittens endlich Einführung der — Republik. Mit diesem Kinderfrosch glaubt er seinen Ausführungen die Krone aufsetzen zu können. Zugleich will er aber auch auf das religiöse Empfinden der Katholiken wirken — ausgerechnet in dem streng agrarischen Blatte, dessen überwiegen meist Bauer zweifellos keine Katholiken sind. Die letzten bekannten Auslassungen über Gefährdung von Kirche und Schule werden wiederholt, ohne daß sich irgendwo ein neuer Gebante findet. Wie man mit dem Hinweis auf eine derartige Gefahr die Ablehnung des gleichen Wahlrechts begründen will, bleibt Privatgeheimnis des gräflichen Artikelverfassers. Es hätte damit zwar das Erfordernis der Zentrums „Sicherungen“ begründen können, niemals aber ein möglichst rationales Wahlrecht. Sein ganzes Hoß gegen das gleiche Wahlrecht kommt in dem Satze: „An dem Auftreten des Reichstages sollten wir doch schon genug haben trotz einer noch starken Monarchie in Preußen.“ Dem Gipfel der Unerblichkeit erreicht Graf Strachwiz dann mit dem folgenden Satze: „Ist aber auch diese (die Monarchie) erlegen, so kann man sich ein Bild von Deutschlands Entwicklung machen, dann ist der Sklavenstaat Englands fertig.“

Graf Strachwiz ruft es eine Zurechtweisung des Volkes, wenn die gutzeit unstrittene Frage so gestellt wird: Für oder gegen das gleiche Wahlrecht! Die wirkliche Frage lautet nach ihm: Für oder gegen die Hohenzollern. Dieser Auslegung können wir rücksichtslos zustimmen. In der Tat haben es die Konfessionen, mögen sie nun auf den Bänken der Rechten oder denen des Zentrums Platz gefunden haben, dahin gebracht: Für oder gegen den König? Es sind die Konfessionen, die sich dem Willen des Königs entgegenkommen, nicht die Liberalen! Sie nehmen Front gegen den regierenden Hohenzollern, wie es bei der Kanalvorlage und bei manchen anderen Gelegenheiten immer wieder tat. König und Volk können nicht gegeneinander ausgespielt werden, weil beide das gleiche Ziel im Auge haben. Es waren von jeher die Konfessionen, die für ein absolutes Königtum waren, aber nur dann, wenn der König nichts als Handlanger der Reaktion war. Daher, nicht wegen irgend einer liberalen Opposition, kommt das Wort: Und der König absolut, wenn er unrennen Willen tut!

In seinen weiteren Ausführungen kommt die schlotternde Angst vor der Masse zum Ausdruck. Graf Strachwiz stellt am Schluß seines Artikels nochmals die Frage: Wer soll in Preußen regieren, die Erben Lassalles oder die Erben der Krone? Wir sagen: Keiner von beiden! Es sollen nicht die Erben Lassalles regieren, auch nicht die Thronerben, sondern das Volk durch die gewählten Vertreter und der Thronerben der Krone gemeinsam. Auf die Massenjuristerei wollen wir im übrigen die „Köln. Volkszeitung“, das führende rheinische Zentrumsorgan, antworten lassen, das sich in diesen Tagen zufälligerweise mit dem gleichen Thema beschäftigte. Das rheinische Blatt weist darauf hin, daß man unter den „Massen“ heute vielfach nur die in den Städten angehäufte Industriearbeitererschaft versteht, und daß man daher, wenn im Tone der Sorge oder Warnung von den Massen die Rede sei, nur an diese Arbeitererschaft denke und die Massenjuristerei im Sinne einer Klassenjuristerei fürchte. Man solle aber den Begriff der Masse weiter ziehen, bis er das ganze Volk in allen seinen breiten Schichten umfasse, dann werde man auch leicht erkennen, daß es einseitig und verkehrt

# Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Abkommens.

## Frankreich und die Frage wirtschaftlicher Maßnahmen gegen die Schweiz. — Der Abschluss des Wirtschaftsvertrages mit Deutschland. — Ein billiger Ausgleich für längere Zeit.

wäre, sich einseitig vor der Zukunft vor Gefahren setzen zu lassen. Diese Gefahren würden sich nämlich vermehren, je mehr man nur mit äußerlichen Mitteln sie zu beschwören strebe, und sie würden sich in dem Grade vermehren, wie man sie innerlich zu überwinden lerne. Das Blatt fährt dann fort:

Mit anderen Worten: Interdubium läßt sich das politische Schicksal der Massen; der breiten Schichten anderer Völker nicht mehr; dann kann es aber keinen anderen Schluß geben, als den, die Massen für ihre eigene Sache zu haben, auf das innere Unterdrücken dieser Massen und führender Oberhäupter, Antisemitismus, oder wie man es sonst nennen will, mehr und mehr schwinden, die Begriffe „Massen“ und „Volk“ immer mehr sich trennen und diesen Fall in seiner Gesamtheit immer mehr von lebendiger Staatswesenheit, die der Klassenpolitik niederfällt, durchdrungen werde. Für die Stellung Deutschlands in der Welt ist die Stellung, die innerhalb Deutschlands die Massen einnehmen, ganz gewiß nicht belanglos. Gegen eine derartige Vergewaltigung der Äußerer mit der inneren Politik kann man gewiß geringere Bedenken hegen; man kann aber die durch den Bürgerkrieg erzielene Tatsache nicht aus der Welt weichen lassen, daß heuteutage jede Entscheidung in der Welt durch die zeitliche und körperliche Verfassung der Massen mehr als je beeinflusst wird, trotz oder vielmehr aus wegen des Umstandes, daß mit im Geiste der Zeit leben. Darum muß jeder Führer in der Welt sich für die Massen als einen der ersten anhalt ihnen mit Mitteln zu begeben. So weit unsere Volkserziehung aus derjenigen anderer Staaten voraus sein mag, der Krieg hat uns gelehrt, daß gerade die Volkserziehung noch viel weiter ausgebaut werden muß, daß unsere Erziehungswissenschaft viel zu sehr die Theorie geliebt hat und daher in Lehr- und Schul-, Kaserne und Bureau, Gedrüt und Werkstatz sich erst nach dem Gelände anpassen muß. Wer über die Massen urteilt, muß sich einmal ernstlich in ihre Lage hineinversetzen; dann wird das Urteil kein Verdammungsurteil mehr sein, kein Mißtrauen mehr, sondern Selbstkritik und Bewußtsein, zu helfen und sich selbst anzulegen. Wer nicht ist es, den Klassen Rechte vorzuziehen und bei jedem Zugeständnis eine Warnung zur Vorfürsichtigkeit zu befehlen. Je leichter es ist, mit denen die im Schatten leben, gegenständig ein ermunterndes Wort zu wechseln, und wenn lobenswert, ihnen dann und wann mit einer Gabe beizustehen. Alle aber, die tiefer in die Lebensbedingungen der Massen eindringen, die sich durch eigene Anschauungen ein Bild machen von all der zeitlichen und materiellen Not, die auch in unseren deutschen Massen noch liegt, müssen sich verpflichtet fühlen, den Staat und seine Führer immer wieder anzuhalten zur Arbeit für die Massen. Aber unsere Volkserziehung ist noch teilweise leider viel zu oberflächlich und selbstvergessen, als daß sie sich intensiver und allgemeiner auch praktischen sozialen Aufgaben zuwenden. Man frage Gelehrte, Ärzte, Beamtensleute usw., und man wird überall die gleiche Klage hören, daß nur wenig Gebildete sich zu erheben und ausdauernder sozialer Arbeit an den Massen beteiligen können. Das liegt nicht in der Sache, sondern in der Verfassung der Nation, als daß sie sich intensiver und allgemeiner auch praktischen sozialen Aufgaben zuwenden. Man frage Gelehrte, Ärzte, Beamtensleute usw., und man wird überall die gleiche Klage hören, daß nur wenig Gebildete sich zu erheben und ausdauernder sozialer Arbeit an den Massen beteiligen können. Das liegt nicht in der Sache, sondern in der Verfassung der Nation, als daß sie sich intensiver und allgemeiner auch praktischen sozialen Aufgaben zuwenden.

Die „Kleinliche Volkserziehung“ sagt ihre Ausführung zum Schluß dahin zusammen: Was wir brauchen, das sei eine vertiefte Volkserziehung, eine großartigere Sozialpolitik und eine weitherzigeren Rechtsgefühl auf allen Gebieten. Arbeit für die Massen, das sei die unverzichtbare Sicherung vor der gefährdeten Massenherzhaftigkeit. Dieser Standpunkt ist aber für unsere Reaktion immer noch zu hoch! Sie vermag sich von den Massen überleitet und veraltetem Anschauungen nicht frei zu machen. Mit solchen Anschauungen kann jedoch noch einmal fünf vierzigjährigen Kriege keine Politik mehr gemacht werden.

Und noch ein anderer Gedanke drängt sich beim Lesen der Ausführungen des Grafen Straschinsky auf: Wenn er sich auf den Gehirne der Krone beruft, weshalb hat dann die Reaktion diese Rechte bei den Verfassungsverträgen nach Kräfte beschnitten? Gerade die konservativen Elemente des Abgeordnetenhauses sind es, die eines der wichtigsten Rechte der Krone beseitigen wollen, nämlich die Befugnis der Krone zu uneingeschränkter Berufung von Reichshausmitgliedern auf Lebenszeit, wie sie zurzeit noch besteht! Gerade von konservativer Seite wurde zur Begründung für die Schmälerung dieser wichtigen Krone Rechte in einer für den jeweiligen Monarchen wenig ehrenvollen Weise ausgeführt, daß die Krone, wenn durch „höfische“ Minister allzu einflußlos, nämlich weniger zuverlässig sei als das preisgünstige Vantumtum!

So kann, wenn wir nach dem Muster des Grafen Straschinsky ein ähnliches Frage- und Antwortspiel treiben wollen, die Frage nur lauten: Krone oder Agrarierum? Das Volk stellt sich auf die Seite der Krone, nicht auf die des maßlos übertriebenen Großbüßers? O. H.

### Der Fliegerangriff auf Köln.

#### Eine Anfrage im Reichstag.

Zum Fliegerangriff auf Köln hat Berliner Blättern zufolge Reichstagsabgeordneter Kuckhoff folgende Anfrage an den Reichstagspräsidenten gerichtet:

Am 18. Mai hat ein feindlicher Fliegerangriff auf die Stadt Köln außerordentlich zahlreich Opfer an Toten und Verwundeten gefordert. Aus den näheren Umständen geht hervor, daß es dem Feinde weniger darauf ankam, militärischen Schaden anzurichten, als vielmehr die schuldlose Bevölkerung grausam zu töten. Eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung hat vollständig gefehlt. Ist der Herr Reichstagspräsident bereit, eine Feststellung darüber zu veranlassen, weshalb und ob eine solche Warnung nicht rechtzeitig hätte erfolgen können, als es möglich ist, einen wirksamen Schutz der den feindlichen Fliegerangriffen am meisten ausgelegten Orte herbeizuführen? Ist der Herr Reichstagspräsident bereit, Anweisungen zu veranlassen oder Bestrebungen zu unterstützen, die dem sinnlosen Wahn von Feinden und Kämpfern durch Abmahnungen internationaler Art endlich ein Ende machen?

### Kaiserliches Beleidigungsmittel zum Fliegerangriff auf Köln.

Köln, 22. Mai. Aus Anlaß des Fliegerangriffs auf Köln ist dem Oberbürgermeister folgende Drohung zugegangen:

„Se. Majestät der Kaiser und König haben mit diesem Beleidigungsmittel, daß die Stadt Köln von feindlichen Fliegern heimlich und ohne Menschlichkeit an Opfer ihrer Geschöpfe geworden sind. Se. Majestät nehmen an dieser Beleidigung des von dem kaiserlichen Kaiser be-

Wien, 22. Mai. In einer amtlichen Mitteilung des Bundesrates heißt es u. a.: Minister Dunant, sowie Prof. Laur und Nationalrat Moimann sind Sonntag nachmittag in Bern angekommen und haben dem Bundesrat sofort Bericht erstattet. Die Reise der Delegierten diente dem Zwecke, den schweizerischen Gesandten in Paris über die gesamte Sachlage auszuklären und ihm zu ermöglichen, in voller Kenntnis der Dinge zu handeln. In den Besprechungen, die vom schweizerischen Gesandten mit Ficko, dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und am gleichen Tage mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau geführt wurden, konnte Dunant bestimmte Erklärungen entgegennehmen, die jeden Grund zur Beunruhigung ausschließen. Die französische Regierung sei, wurde ihm erklärt, geleitet von den Gefühlen unerschütterlicher Freundschaft, welche die beiden Länder verbinden. Frankreich habe allerdings gehofft, daß sich die Schweiz mit Hilfe der bekannten Offerte von 55 000 französischer Röhre vollständig von jeder Erweiterung der Kohlenkontrolle, und zwar auch von jeder eventuellen Fortschritt über eine weitere Einföhrung in der Verwendung deutscher Röhre befreien könne, die französische Regierung habe aber nie daran gedacht, unserem Lande Schwierigkeiten zu machen, oder gar durch wirtschaftliche Maßnahmen die Lage der Schweiz zu erschweren, wenn diese dazu kommen sollte, eine andere Lösung anzunehmen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärte der Ministerpräsident unserem Gesandten, daß Frankreich sein Angebot zur Lieferung von 55 000 Tonnen Röhre zu 150 Fr. franco Schweizer Grenze auch jetzt noch aufrechterhalte, allerdings in der Meinung, daß eine Kohlenlieferung Frankreichs in der Beziehung zu den deutschen Lieferungen gar nicht erwünscht werde. Der Ministerpräsident eröffnete unserm Gesandten weiter, daß, wenn die Schweiz in die Lage komme, eine andere Lösung anzunehmen, Frankreich bereit

troffenen Familien herfürsten Anteil und lassen Eure Hochwohlgehornten ersuchen, den Hinterbliebenen der tödlich Verunglückten allerhöchste ihre würdige Teilnahme an den Opfern, die ihnen der Krieg auferlegt, auszusprechen und den Verwundeten Sr. Majestät aufwändige Wünsche für eine baldige Genesung zu übermitteln.

#### In allerhöchsten Auftrage Der Geheimen Kabinettsrat v. Berg.

### Graf Burian über den Entscheidungskampf.

Wien, 22. Mai. Der Minister des Äußeren Burian, erklärte dem Sofioter Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“:

„Das Konventionium in der Nordbalkanhalbinsel ist nur ein Provisorium, das höchlich zugunsten Bulgariens entschieden werden wird. Nur Geduld ist notwendig. Jetzt heißt es, jetzt zusammen- und durchhalten, bis die auf allen Seiten gesonnenen Gegner vollständig niedergebungen sind und die Anhänglichkeit des weiteren, von ihnen verschuldeten Mutterlandes einsehen müssen. Ich glaube, daß dieser Tag nicht mehr fern ist. Das starke, durch nichts verschiebbare Bündnis Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei ist die beste Garantie dafür.“

### Der bulgarische Ministerpräsident über die Erweiterung des Bündnisses.

Budapest, 22. Mai. (Ung. Korr.-Bureau.) In einer Unterredung mit dem Berichterstatter vom „N. G.“ über den Besuch des Kaisers in Sofia äußerte Radassilow, die jetzt herrschenden Verhältnisse sind den Interessen des Bündnisses zwischen Deutschland, der Monarchie und Bulgarien werden die Entente davon überzeugen, daß keine Veränderung eingetreten sei als eine Vertiefung, Erweiterung und innere Stärkung des Bündnisses.

### Württembergische Beschwerden.

Stuttgart, 22. Mai. In der württembergischen Zweiten Kammer wurde bei der Beratung der Ernährungsfragen von dem Zentrumsabgeordneten Andrs darüber Klage geführt, daß eine Reihe von preisgünstigen Städten so

große Mengen einbezahlt hätten, daß eine Kürzung der Brotration dort nicht vorgenommen zu werden brauche. Es liege die Vermutung nahe, daß es sich dabei nicht um Erparnisse, sondern

um gesammelte Mehlmengen handele, und daß anscheinend das System der Stadt Reutlingen auch anderwärts Eingang gefunden habe. Die württembergische Regierung wurde erlucht, in Berlin bei den zuständigen Stellen wegen dieser Angelegenheit vorstellig zu werden. Von verschiedenen Rednern wurde die Art und Weise des Auftretens der preisgünstigen Mehlkontrollen in Württemberg bemängelt und um Ausbruch gebracht, daß diese in Preußen genug Arbeit hätten. In Preußen werde anscheinend auf dem Gebiet der Volksernährung

nicht mit derselben Genauigkeit und Pünktlichkeit gearbeitet wie in Württemberg. Die sonderbare württembergische Aufregung geht von solchen Voraussetzungen aus. Das glückliche Land, das die Brotration nicht zu verringern braucht, ist Unpakt. Außerdem hat auch Birmalens in der bayerischen Pfalz die Möglichkeit, die Nation aufrechtzuerhalten. Preußen wird von den württembergischen Heißspornen mit Unrecht beschuldigt.

### Ueberschreitung der Höchstpreise.

#### Wer ist strafbar.

Die neue Verordnung des Bundesrats gegen Preisvertreibungen findet eine sehr verlässliche Beurteilung; durch zweifelt man, daß sie etwas nützt. Trotzdem bringt sie manche unbedingte zu billigeren Erneuerung, und zwar nicht

sei, der Schweiz die Quantitäten Kohle zu liefern, die für die Versorgung der für die Entente kämpfenden Fabriken notwendig seien.

Der Schweizerische Gesandte hat für diese Erklärung des französischen Ministerpräsidenten aufs wärmste gebittet.

In seiner Sitzung vom 21. Mai hat nun der Bundesrat seine Unterhändler ermächtigt, den Entwurf eines deutsch-schweizerischen Wirtschaftsvertrages zu unterzeichnen. Dieses Abkommen wird keine Kaufverträge mehr enthalten, die sich auf die Kohlenlieferungen aus Deutschland feindlichen Ländern beziehen. Am 16. Mai hat die deutsche Regierung dem Bundesrat bereits wissen lassen, daß sie trotz der Verheißung der Unterzeichnung der Schweiz keine Geschäftigkeiten mache und in der Zwischenzeit die Kohlenlieferungen fortsetzen werde. Dank diesem freundschaftlichen Verhalten war es möglich, alle in Betracht kommenden Fragen gründlich zu prüfen und zur Unterzeichnung des Abkommens erst dann zu schreiten, wenn alle Schwierigkeiten, die sich von der einen oder anderen Seite hätten ergeben können, ausgeschlossen waren.

Berlin, 23. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz wurde gestern unter dem Vorbehalte der Ratifizierung durch die beteiligten Regierungen abgeschlossen. Deutscherseits wird mit großer Befriedigung festgehalten, daß es trotz mancher Schwierigkeiten und trotz aller feindlichen Säuerungsverläufe gelang, eine heilsbringende Lösung zu finden, die den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverkehr wiederum für längere Zeit auf eine solide Grundlage stellt. Das Abkommen ist entstanden aus dem Vertrauen, das die beiden befreundeten Völker seit Beginn des Krieges befolgt haben, zwischen den beiderseitigen dringenden Interessen einen billigen Ausgleich zu schaffen.

nur eine Verschärfung, sondern auch eine Milderung der wesentlichen Vorurteile. Legere erkläre sich von besonders darin, daß die Käufer von Waren, besonders Nahrungs- und Bekleidungsgegenständen, sich nicht nur durch mehr Arbeit machen, wenn sie für ihren eigenen Gebrauch die Waren oder Arbeiten verwenden wollen und hierbei mehr als die Höchstpreise bezahlt haben, sondern auch durch mehr Arbeit machen, wenn sie für ihren eigenen Gebrauch die Waren oder Arbeiten verwenden wollen und hierbei mehr als die Höchstpreise bezahlt haben, sondern auch durch mehr Arbeit machen, wenn sie für ihren eigenen Gebrauch die Waren oder Arbeiten verwenden wollen und hierbei mehr als die Höchstpreise bezahlt haben.

Die Verordnung vom 8. Mai spricht nun klar aus, daß nur bestraft werden soll, wer, beim Erwerb für Zwecke der Weiterveräußerung mit Gewinn höhere Preise als die Höchstpreise gezahlt oder weniger bezahlt hat. Straffrei bleibt also, wer ohne Gewinn weiter veräußert, z. B. verkauften wollte, oder wer für seine Angehörigen Bedarf gekauft und dabei mehr als den Höchstpreis bezahlt hat, oder wer die Höchstpreise für den Kauf von Gerichten nicht zu beweisen braucht, sondern den vollen Beweis von der Angelegenheit verlangen kann.

Entspricht diese Erneuerung dem öffentlichen Rechtsbewußtsein, so ist dies nicht weniger der Fall bei der neueren Bestimmung, daß neben der Strafe der erzielte übermäßige Gewinn oder der Verdienst einbezogen werden kann. Insofern die Geldstrafen schon bisher hoch waren, so ist es trotz der zahlreichen großen Geschäfte, die von unseren Gerichten abzuurteilen waren, mehrfach vorgekommen, daß der Preiswucherer bei seiner rückständigen Preisvertreibung ein gutes Geschäft gemacht hatte, weil sein Gewinn größer war als die gesetzlich zugelassene höchste Strafe. Das soll nicht mehr vorkommen, und die neue Verordnung enthält auch eingehende Vorschriften für den Fall, daß der Preiswucherer seinen Gewinn einer dritten Person aufleihen läßt oder nach der Tat zuwenden, um die Einziehung zu vereiteln; im letzteren Falle muß dem Dritten allerdings nachgewiesen werden, daß er diese Absicht bei der Zuwendung erkennen konnte; solcher Nachweis ist unnötig, wenn ihm die Zuwendung unentgeltlich gemacht wurde.

Die Strafen sind verschärft. Einfacher Preiswucherer wird mit Gefängnis von einem Tage bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe von 3 M. bis zu 200 000 M. bestraft. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden und auf Einziehung der Ware oder des sonstigen Gegenstandes, auf den sich die strafbare Handlung bezieht, einzeln oder erst dem Täter gehört oder nicht. Bei wiederholtem Rückfall kann sogar auf Zuchthaus erkannt werden. Gegen die Höhe dieser Strafen, deren Festlegung dem richterlichen Ermessen recht weiten Spielraum läßt, wie es der großen Verhältnismäßigkeit der Fälle entspricht, dürfte nichts einzuwenden sein.

Ob die Schwere der Strafen die Preisvertreibungen verhindern wird, magen wir nicht in erfahrungsmäßigem Grade zu hoffen. Wir verpönnen uns mehr Wirkung davon, daß die neue Verordnung in besserem Einklang mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein gebracht ist, indem sie den Einkauf für den Privatbedarf straflos läßt. Denn der Not gehorchend, nicht dem eigenen Drang, zog der Familienvater Sonntag mit Sad und Rad aus Land, schaute nicht die Röhren und Unbequemlichkeiten der Reise, um sich und seiner mehr oder weniger darbenenden Familie von den hellenweissen, die jetzt noch vielfach reichlich gewesenen Vorräten unserer Landbevölkerung heimzubringen, soviel er mit Kind und Kegel nur schleppen konnte. Die Bürgermeister und Magistratsmitglieder dieser Städte werden erben, daß sie in dem an welchem Tage die neue Verordnung in Kraft tritt, leichtfertig auf dem, denn auch sie wollen nicht mit Gewinn weiter veräußern, sondern die jungenigen Wagen ihrer Gemeindeglieder stillen und einer entsetzlichen Unzufriedenheit vorbeugen, konnten bisher aber zu den festgesetzten Höchstpreisen nirgends Ware finden. — Wenn das Kriegsernährungsamt ihnen dies ermöglicht, werden sie selbstverständlich lieber die billigeren Höchstpreise zahlen, und die Familienväter werden an den Sonntagen lieber ruhen als teilen. Dr. jur. BERTHAU.